

Antrag

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Andrej Hunko, Dr. Sahra Wagenknecht, Ali Al-Dailami, Klaus Ernst, Christian Leye, Amira Mohamed Ali, Jessica Tatti, Alexander Ulrich, Zaklin Nastic und der Gruppe BSW

Für eine Politik der Entspannung – Nato-Expansion stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit dem NATO-Gipfel in Washington im Juli 2024 setzt die NATO zunehmend auf Eskalation in Europa und Expansion in Asien hin zu einer globalen NATO. So fordert NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg die NATO-Mitgliedstaaten auf, der Ukraine die Nutzung westlicher Waffen für Angriffe auf militärische Ziele in Russland zu erlauben (dpa vom 28. Mai 2024), ungeachtet der dadurch steigenden Weltkriegsgefahr. Zugleich soll der Washingtoner NATO-Gipfel die Weichen stellen für eine globale NATO, die sich jenseits des Nordatlantiks in Richtung Asien erweitert, vorerst noch im Rahmen bilateraler Kooperationsverträge, und gegen China ausgerichtet werden soll.

Die NATO ist entgegen ihrem Selbstbildnis weder ein Verteidigungs- noch ein Wertebündnis. Völkerrechtsbrüche und völkerrechtswidrige Kriege von NATO-Staaten wie die US-Invasion im Irak 2003 sind NATO-Normalität. Die NATO selbst hat mit ihren völkerrechtswidrigen Angriffskriegen gegen Jugoslawien 1999 und in Libyen 2011 gegen Geist und Buchstaben der UN-Charta verstoßen und international die Schwelle für die Bereitschaft zum Völkerrechtsbruch massiv abgesenkt.

Als Wertebündnis taugt die NATO nicht nur aus historischen Gründen durch die langjährige Mitgliedschaft faschistischer Diktaturen wie Portugal bis zur Nelkenrevolution 1974 oder in der Gegenwart durch die NATO-Mitgliedschaft der Türkei als „zentrale Aktionsplattform“ für islamistische und terroristische Organisationen nicht, sondern auch nicht durch den Weiterbetrieb des Folterlagers Guantánamo durch die USA sowie die fortgesetzte politische Verfolgung des Journalisten Julian Assange, der wegen seiner Veröffentlichung von US-Kriegsverbrechen mit 175 Jahren Haft bedroht wird.

Durch ihre Parteinahme für die israelische Offensive im Gazastreifen, die bisher allein 15.000 palästinensischen Kindern das Leben gekostet hat und nicht mehr mit dem Selbstverteidigungsrecht Israels vereinbar ist, hat die NATO zudem international an moralischer Glaubwürdigkeit verloren.

Die NATO ist Teil einer extremen, sozial schädlichen Hochrüstungspolitik zu Gunsten der Profiteure von europäischen und US-amerikanischen Rüstungsschmieden. Diese nutzt allein dem militärisch-industriellen Komplex und seinen Lobbyisten in Regierung und Parlament. Begleitet wird diese Politik von selbstzerstörerischen Wirtschaftskriegen zur Aufrechterhaltung der globalen Hegemonie der USA. Der NATO selbst droht eine

existentielle Überdehnung durch ihre bedingungslose Unterstützung eines globalen Weltordnungsanspruchs der USA. Die anderen NATO-Mitglieder laufen Gefahr, ihre Außen- und Sicherheitspolitik den Vorgaben aus Washington unterzuordnen und ihre eigene demokratische Souveränität in Teilen aufzugeben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich für eine eigenständige europäische Außen- und Sicherheitspolitik einzusetzen, die auf gute Beziehungen zu allen Großmächten und auf Völkerrecht, Entspannungspolitik sowie Interessenausgleich setzt;
2. sich für einen Stopp der NATO-Expansion in Europa und Asien einzusetzen;
3. sich gegen einen Einsatz von NATO-Waffen in Russland zu wenden;
4. diplomatische Lösungen und sofortige bedingungslose Waffenstillstände in der Ukraine und in Gaza zu unterstützen;
5. diplomatische Initiativen für eine Politik der Entflechtung zu initiieren, um der Gefahr einer direkten militärischen Konfrontation vorzubeugen;
6. sich für die Einhaltung des Völkerrechts und gegen Waffenlieferungen von NATO-Staaten in Kriegsgebiete sowie gegen eine Unterstützung von Kriegsverbrechen durch Waffenlieferungen einzusetzen;
7. sich gegen eine NATO-Kanonenbootpolitik in der Straße von Taiwan, die die Konfrontation mit China sucht, zu verwenden;
8. sich für die Schließung des US-Folterlagers Guantánamo sowie die sofortige Freilassung des Journalisten Julian Assange aus dem Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in London, dem „britischen Guantánamo“, einzusetzen.

Berlin, den 5. Juni 2024

Dr. Sahra Wagenknecht und Gruppe